

Landesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros/Gleichstellungsstellen NRW

Was wollen Sie tun, damit auch vulnerable Gruppen die Aufnahme einer existenzsichernden Beschäftigung erleichtert wird? Bitte berücksichtigen Sie dabei die Gruppen Alleinerziehende, Frauen mit Migrationshintergrund sowie Frauen mit Behinderung.

Für uns ist Bildung mit lebenslangem Lernen der Schlüssel zur Chancengerechtigkeit. Dafür ist es wichtig, bessere Voraussetzungen für die Vereinbarkeit von (Weiter-)Bildung und Familie durch flexiblere Formate zu schaffen. Gleichzeitig möchten wir das Steigern von Stundenzahlen einer Teilzeitbeschäftigung und den Wechsel von einem Mini-Job bis hin zur regulären Beschäftigung attraktiver machen. Alleinerziehende sollen durch flächendeckenden Ausbau der Betreuungsangebote, insbesondere auch zu Randzeiten, mehr Flexibilität bei der Arbeitszeitgestaltung und mehr Möglichkeiten zur Ausbildung in Teilzeit wirksamer unterstützt werden. Wir möchten das Verfahren zur Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse weiter verbessern, damit jede und jeder entsprechend individueller Fähigkeiten eingesetzt und weiterqualifiziert werden kann. Chancengerechtigkeit für Menschen mit Behinderungen soll durch Intensivierung der Aufklärungsarbeit bei Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern mittels stärkerer Einbindung der Fachberatung bei den Kammern geschehen.

Welche Maßnahmen planen Sie auf Landesebene, um die Vereinbarkeit von beruflichen und privaten Lebenswelten zu verbessern (quantitativer / qualitativer Ausbau der Kinderbetreuung U3 bis weiterführende Schule sowie Unterstützungsstruktur für pflegende Angehörige)?

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf stellt für viele Familien eine große Herausforderung dar. Besonders belastet sind Familien mit kleinen Kindern oder pflegende Angehörige. Wir wollen durch einen stärkeren Ausbau der Kita-Betreuungsplätze sowie eine verbesserte Kinderbetreuung in Randzeiten die Betreuungsbedarfe passgenau abdecken und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtern. Mit der Schaffung von mindestens 200.000 neuen Ganztagsplätzen wollen wir für einen zügigen Ausbau der Ganztagsbetreuung sorgen, damit Eltern ihre Kinder gut betreut wissen. Die Ausweitung der Möglichkeiten einer Teilzeit-Ausbildung, flexiblere Arbeitszeiten und Jobsharing-Modelle sind weitere Bausteine für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wir wollen Leistungen wie die Kurzzeit- und Verhinderungspflege in einem unbürokratischen, transparenten und flexiblen Entlastungsbudget zusammenfassen, um so pflegende Angehörige besser zu unterstützen. Zudem wollen wir das Pflegegeld regelhaft dynamisieren.

Was verstehen Sie unter einer geschlechtergerechten Mittelverwendung im Landeshaushalt? Was planen Sie, um eine solche umzusetzen?

Für uns Freie Demokraten ergeben sich Unterschiede in der Verteilung von Haushaltsmitteln als eine Konsequenz aus zuvor getroffenen politischen Entscheidungen. Eine Vielfalt von Lebensentwürfen kann allerdings nur durch konkrete Chancen, die allen Geschlechtern offenstehen und auch genutzt werden, erlangt werden. Anstelle einer formalen Geschlechtergerechtigkeit setzen wir auf eine echte Wahlfreiheit und gesellschaftliche Offenheit für unterschiedliche Lebensentwürfe jenseits von traditionellen Rollenbildern, um eine Selbstbestimmung der Geschlechter zu erreichen. Dazu müssen die bisherigen familienpolitisch gut gemeinten Maßnahmen daraufhin überprüft werden, ob sie Selbstbestimmung stärken oder nur vorhandene Rollenbilder fortschreiben. Die Vielfalt von Geschlechtern und geschlechtlichen Orientierungen sind für uns keine Widersprüche.

Wie planen Sie, finanzierbaren Wohnraum in NRW zu schaffen, der insbesondere von Alleinerziehenden und Geringverdienenden sowie Frauen mit Behinderung gebraucht wird?

Alle Mieterinnen und Mieter in NRW sollen sicher sein können, jederzeit eine gute Wohnung zu finden. Dafür wollen wir das Bauen weiter vereinfachen und die Wohnungsbauförderung auf einem Spitzenniveau halten. Wir wollen weiter dafür sorgen, den Bau von Wohnungen attraktiver zu machen und setzen dabei auf eine echte Um- und Ausbaukultur. Weitere Hindernisse in der Bauordnung, wie zum Beispiel die Regelungen zur Dachaufstockung und zu Abstandsflächen, wollen wir durch eine entsprechende Überarbeitung beseitigen. An den eingeführten hohen Standards für das barrierearme bzw. barrierefreie Wohnen in der Bauordnung werden wir festhalten: Seit der Novelle 2019 sind die meisten der neuen Wohnungen mindestens barrierearm.

Wie werden Sie die Forderungen der Istanbul-Konvention auf NRW-Ebene insbesondere im Hinblick auf Prävention und eine auskömmliche Unterstützung der Frauenhilfeinfrastruktur umsetzen?

Wir haben eine deutliche Verbesserungen für das Frauenunterstützungssystem durch eine solide Finanzierung für das Netz an Frauenhäusern erreicht. Erstmals wurde dabei auch eine Hilfestruktur für von Gewalt betroffene Männer geschaffen, wie z. B. das Hilfetelefon *Gewalt an Männern*.

Diesen Ausbau einer bedarfsgerechten Unterstützungs- und Hilfestruktur möchten wir weiter fortsetzen und dazu eine Koordinierungsstelle schaffen, die in Abstimmung mit Bund und Ländern eine wirksame und nachhaltige Gesamtstrategie zur Prävention und Bekämpfung von häuslicher Gewalt gegen Frauen und Männer entwickelt. Dazu begrüßen wir die beabsichtigte Beteiligung des Bundes an der Regelfinanzierung der Frauenhilfeinfrastruktur.

Weiter planen wir für die Einführung eines länderübergreifenden Online-Registers zur Registrierung und Abfrage von freien Frauenhausplätzen.

Welche geschlechterspezifischen Handlungsbedarfe in Bezug auf die öffentliche Gesundheit sehen Sie in NRW? Was wollen Sie tun?

Wir treten ein für ein leistungsfähiges Gesundheitssystem, das allen Menschen eine wohnortnahe und qualitativ hochwertige medizinische Versorgung sichert. Männer und Frauen haben aber nicht nur aufgrund ihrer Biologie unterschiedliche Krankheitsrisiken, auch ihr Verhältnis zu gesundheitsbewusstem Verhalten und ihr Umgang mit Erkrankungen unterscheidet sich häufig. Deshalb wollen wir Gesundheitsvorsorge und Prävention auch auf gender- und geschlechtsspezifische Gesundheitssituationen ausweiten. Zudem setzen wir uns für konkrete Forschungsprojekte zu geschlechtsspezifischer Medizin und Pharmazie in Nordrhein-Westfalen ein.

Planen Sie, den Frauenanteil im Landtag zu erhöhen? Wenn ja, was planen Sie konkret?

Wir wollen mehr Frauen in den Parlamenten und setzen uns für mehr Diversität ein. Den Weg über einen gesetzlichen Zwang lehnen wir jedoch ab. Die bisherigen Versuche in einigen Bundesländern, Paritätsgesetze einzuführen, waren allesamt verfassungswidrig.

Grundsätzlich wollen wir geschlechterspezifische Aufstiegsbarrieren weiter konsequent abbauen. Dazu brauchen wir einen kontinuierlichen Kulturwandel, der sich von Geschlechterstereotypen, die Lebenswirklichkeiten prägen, löst. Deswegen wollen wir das Modell „Girls´ and Boys´ Day Academies“ auswerten und für ganz NRW weiterentwickeln. Weibliche Role-Models, Netzwerkmöglichkeiten und Mentoring werden für faire Ausgangsbedingungen sorgen.